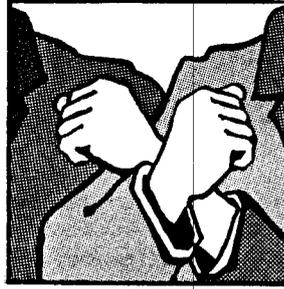


Rote Hilfe



Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen, vorwärts, nie vergessen, die SOLIDARITÄT

Drill, Arrest und MAD - politische Unterdrückung in der Bundeswehr

In der Buxtehuder Estetalkaserne versucht im Frühjahr 1975 ein Wehrpflichtiger sich selbst umzubringen. Er wird ins Krankenhaus eingeliefert. Nach seiner Entlassung wird ihm befohlen, sofort am normalen Dienst teilzunehmen. Er weigert sich und wird daraufhin in den Bau gesteckt, wo er einen zweiten Selbstmordversuch begeht.

Am Neujahrmorgen 1976 erschießt sich in der gleichen Kaserne der Gefreite Bernd J. mit seinem G 3.

Das sind nur zwei Beispiele aus einer Kaserne der Bundeswehr. Die Zahl der jährlichen Selbstmorde wird von der Bw-Führung selbst mit 80 - 90 angegeben, wobei allerdings häufig versucht wird, Selbstmorde zu verschweigen oder als „Unfall“ zu tarnen. Die Zahl der Versuche liegt noch wesentlich höher.

„Persönlichkeitsstörungen“ und „Gemütskrankungen“ sind die angeblichen Ursachen, die die

Generale dafür angeben. In Wirklichkeit ist der ständige Druck und Drill, die entwürdigende Behand-

lung und Schikane gegen die Wehrpflichtigen der Grund, warum vor allem während der Grundausbildung so viele junge Soldaten keinen anderen Ausweg mehr sehen als sich das Leben zu nehmen. Andere kehren vom Wochenendurlaub nicht mehr zurück und verdrücken sich, bis sie von Feldjägern aufgespürt werden. Obwohl auf „eigenmächtige Abwesenheit“ und „Fahnenflucht“ Gefängnis bis zu fünf Jahren steht, machen sie die Hälfte aller Vergehen beim Bund aus. Nirgends verfallen so viele junge Menschen dem Alkohol wie bei der Bundeswehr.

Warum ist das so?

In der Zeitschrift der Jugendorganisation der KPD/ML „Die Rote Garde“ berichtete im Januar dieses Jahres ein Soldat über die Schleiferei beim Bund:

„Soldat: Als ich eingezogen

Fortsetzung auf Seite 4

Um den 1. September, den Tag des Überfalls der Hitler-Truppen auf Polen, womit der 2. Weltkrieg ausgelöst wurde, findet in jedem Jahr der Rote Antikriegstag statt, zu dem die Kommunisten aufrufen. Dieser Tag geht auf eine lange Tradition zurück. Schon seit dem 1. Weltkrieg versammelten sich die Werktätigen am Antikriegstag, damals der 1. August, zu mächtigen Demonstrationen gegen den imperialistischen Krieg.

Für die Rote Hilfe ist der Rote Antikriegstag in diesem Jahr vor allem ein Anlaß, verstärkt unter den Werktätigen für die Solidarität mit den Genossen und ihren Angehörigen zu werben, die wegen ihrer Teilnahme an der Roten Antikriegstagsdemonstration 1972 während der Olympiade in München im Gefängnis sitzen. Das sind zur Zeit die Genossen Heinz Baron und Sascha Haschemi. Schreibt den Genossen ins Gefängnis! Fordert ihre Freilassung und die Freiheit aller politischen Gefangenen!

Darüberhinaus aber wird sich die RHD auch selbst in die diesjäh-

1. September – Roter Antikriegstag



rigen Demonstrationen zum Roten Antikriegstag einreihen. Wir sind ein Teil der Front der Völker der Welt, die gegen Imperialismus und Krieg kämpfen. Wir hassen und bekämpfen besonders die beiden Supermächte USA und Sowjetunion als Hauptkriegsbrandstifter. Sie haben ihre Truppen auch in unserem Land stehen und bedrohen die Sicherheit unseres Volkes.

Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist eng verbunden mit dem Kampf gegen die politi-

sche Unterdrückung. Die Erfahrung lehrt, daß die Vorbereitung imperialistischer Kriege stets mit verschärfter faschistischer Unterdrückung im Inneren einhergeht.

Darum:

**NIEDER MIT DEN BEIDEN SUPERMÄCHTEN, DEN HAUPTKRIEGSTREIBERN!
SOLIDARITÄT MIT DEN VERFOLGTEN KÄMPFERN GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG!**

WICHTIGE URTEILE:

Duisburg:

Zu 2400 DM Geldstrafe oder 60 Tagen Haft wurde der Genosse E. Aust, Vorsitzender der KPD/ML verurteilt. In einem Flugblatt, mit dem er sich 1975 bei den Landtagswahlen in NRW als Kandidat vorgestellt hatte, bezeichnete er den bürgerlichen Staatsapparat als Ausbeutungs- und Unterdrückungsinstrument und wies nach, daß die Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung ihrer Macht über Leichen geht. Dadurch fühlte sich der Staatsapparat „verächtlich“ gemacht und die Polizei beleidigt.

Das Urteil ist eine Provokation gegen die Partei. Man läßt sie zwar zur Wahl zu, aber hinterher verbietet man per Gerichtsurteil ihre Wahlpropaganda. Genosse Ernst erklärte dazu: „Kein Terror – auch dieses Urteil nicht – wird die kommunistische Agitation und Propaganda zum Schweigen bringen, wird die Kommunistische Partei vom Kampf abhalten.“

Heidelberg

Vom Amtsgericht Heidelberg wurden die beiden Mitglieder des KBW Jochen Noth und Helga Rosenbaum zu 15 Monaten Gefängnis ohne Bewährung bzw. zu 13 Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Urteile haben den gleichen Hintergrund, auf dem vor wenigen Wochen bereits der verantwortliche Redakteur der kommunistischen Studentenzeitung des KBW verurteilt wurde. Jochen Noth und Helga Rosenbaum haben am berechtigten Kampf der Heidelberger Bevölkerung gegen die Fahrpreiserhöhungen im letzten Jahr teilgenommen. Das Urteil gegen Jochen Noth zeigt, mit welchem wütendem Terror die Bourgeoisie Kommunisten und Revolutionäre verfolgt: Jochen wurde erst vor 2 Monaten aus dem Gefängnis entlassen.

Prozesskalender

Duisburg: 31.8., 1.9., 3.9., jeweils 9.00 Uhr Landgericht, Zimmer 101, Berufungsprozeß gegen Hanfried Brenner. Er wurde in 1. Instanz wegen mehrerer Veröffentlichungen der KPD/ML zum Tode von Günter Routhier zu 12000DM Geldstrafe verurteilt.

Frankfurt

Am 13.8.76 findet ein Prozeß gegen einen Genossen der KPD/ML und gegen einen Genossen der GRF statt. Ihnen wird vorgeworfen, während des Roten Antikriegstages 75 ein Regal mit Nazi-Schallplatten zerstört zu haben. Der Prozeß ist um 9 Uhr in Raum 255 Gebäude C.

Am Tage als die spanischen Genossen vom Frankofaschismus ermordet wurden, besetzten etwa 50 Revolutionäre die Paulskirche. Fast alle wurden verhaftet und stehen jetzt einzeln vor Gericht. Die Prozesse sind am 11.8./9 Uhr/ Raum 140 B, am 20.8./13.30 Uhr, am 31.8./11.30 Uhr/ Raum 156 B, und am 30.9./10.30 Uhr und 12.30 Uhr/ Raum 124 B

Freiheit für Rechtsanwalt Croissant!

Am 16. Juli wurde Rechtsanwalt Croissant, einer der Wahlverteidiger der Gefangenen der RAF, verhaftet. Begründet wird seine Verhaftung mit der Aussage des Kronzeugen Müller im Stammheimer Prozeß.

Seit zwei Jahren laufen die Verhandlungen in diesem Prozeß, ohne daß die Bourgeoisie die geringsten Beweise gegen die RAF-Gefangenen auf den Tisch bringen konnte. Plötzlich taucht ein Kronzeuge auf, der mit seinen Aussagen nicht nur die Angeklagten, sondern auch ihre zehn Wahlverteidiger, die der Bourgeoisie schon immer ein Dorn im Auge waren, belastet.

Kein Zweifel, daß Müller gekauft ist und seine Aussagen präpariert sind. Müller, der sich früher in Isolierhaft befand, erhielt Haft-erleichterung. Obgleich er mit Sicherheit einen Polizisten erschossen hat, wurde er nicht wegen Mordes angeklagt. Die Mordanklage verschwand als Geheimdokument im Archiv des Gerichtes. Müller erhielt zehn Jahre wegen Mordversuchs. Wo er während der Verhandlung stolperte, da half der Richter. Unangenehme Fragen der Verteidigung wurden verboten.

Mit diesem Kronzeugen will die Bourgeoisie ihre Anklage gegen die RAF-Gefangenen untermauern und gleichzeitig ihre Verteidiger

ausschalten. Das ist ein ungeheurer Angriff nicht nur auf die Gefangenen der RAF und ihre Verteidiger, sondern auf jede revolutionäre Verteidigung vor der Klassenjustiz überhaupt. Diese Methode, kurzerhand einen bestochenen Kronzeugen zu präsentieren, der der Bourgeoisie alle gewünschten Beweise frei Haus liefert, ist eine unglaubliche Verschärfung des Justizterrors. Hier zeigt sich, welche Strategie die Bourgeoisie verfolgt, um mit politischen Prozessen fertig zu werden. Es war bereits ein Kronzeugengesetz geplant, das diesen gekauften Elementen erhebliche Straffreiheit garantiert. Zwar wurde dieses Gesetz angesichts des Protestes in der Öffentlichkeit nicht verabschiedet, in der Praxis aber wird diese Regelung stillschweigend durchgeführt.

Die gleichzeitige Kriminalisierung und Verhaftung von Wahlverteidigern soll die Verteidigung der Angeklagten ausschalten.

**SOFORTIGE FREILASSUNG
VON RECHTSANWALT CROISSANT!**

11 Monate Gefängnis für Thomas Luczak

In Dortmund wurde der Genosse Thomas Luczak zu 11 Monaten Gefängnis „mit Bewährung“ verurteilt. Ihm wurde wegen mehrerer Veröffentlichungen der Gruppe Rote Fahne (KPD), darunter auch Flugblätter zum Mord an Günter Routhier und wegen zwei Kundgebungen „Verunglimpfung der BRD“ (§ 90a), „Aufforderung zu rechtswidrigen Taten“ und „Volksverhetzung“ vorgeworfen. Die Verfahren, die den Tod von Günter Routhier betreffen, wurden abgetrennt mit der Begründung, daß sie nicht vor einem gewöhnlichen Amtsgericht verhandelt werden könnten wegen der Schwere des Falles. Das ist eine weitere Verschärfung der Verfolgung der Wahrheit über den Polizeimord an Günter Routhier!

Während des Prozesses mußten wieder einmal sämtliche Zuschauer ihre Personalaseweise abgeben. Der Gipfel war jedoch der Auftritt der Agentin Marga Voss aus Duisburg. Diese saubere „Hausfrau“ war, wie sie selbst inzwischen zugegeben hat, während des Landtagswahlkampfes 1975 in NRW von der politischen Polizei zur Bespitzelung der GRF eingesetzt worden und sie hatte sich als Wahlkandidatin der GRF aufstellen lassen. In dieser Zeit verbreitete sie allerhand Geschichten über ihre angebliche politische Verfolgung, u.a. erzählte sie auch, es sei bei ihr eine Hausdurchsuchung gemacht worden, wobei ihr neues Sofa zerschlitzt und ihr Fotoapparat zerstört worden sei. Dies wurde damals u.a. von der GRF veröffentlicht. Inzwischen wurde diese Geschichte als Lügenmär-

chen entlarvt. Nun geht aber diese Marga Voss her und tritt im Prozeß gegen Genossen Luczak anhand dieses Falles als Zeugin dafür auf, daß die GRF Lügen verbreite. Natürlich gab das ein gefundenes Fressen für die bürgerliche Presse: „Propagandalüge der Luczak-Truppe geplatzt“.

Der Auftritt der Marga Voss ist ein weiteres Beispiel dafür, wie der Klassenfeind zunehmend mit Hilfe von Agenten, Verrätern und Provokateuren gegen die revolutionäre Bewegung vorgeht. Es gilt, den Kampf gegen diese Elemente zu verstärken und die Wachsamkeit zu erhöhen.

Nach dem Urteil gegen Thomas Luczak ist der Staatsanwalt in Berufung gegangen. Er will ein Urteil ohne Bewährung.

FREIHEIT FÜR THOMAS LUCZAK!

Freiheit für die politischen Gefangenen!

'Erziehungsmaßnahmen' vergeblich!

Die Genossen Sascha Haschemi und Heinz Baron, die jetzt noch wegen ihrer Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 im Gefängnis sitzen, werden von der Bourgeoisie im Gefängnis mit besonders harten Strafmaßnahmen belegt. Mit allen Mitteln versucht sie, die Genossen von ihrer Partei und der Roten Hilfe, von ihren nächsten Angehörigen und im Gefängnis selbst zu isolieren.

Briefe an den Genossen Sascha, aus denen hervorgeht, daß sie von der RHD oder der KPD/ML kommen, werden beschlagnahmt. Sascha erhält weder den Roten Morgen noch die Rote-Hilfe-Zeitung. Auch ein Antrag auf Zustellung von „Chinese Literature“ wurde abgelehnt. Ihm wurde „nahegelegt“, daß in den Briefen Begriffe wie „Revolution“ nicht vorkommen sollen. Der Genosse Heinz ist für 23 Stunden des Tages auf seiner Zelle eingesperrt. Seine Frau darf er nur einmal im Monat unter strenger Bewachung sehen. Am 28. Juni durchsuchten Kriminalbeamte während seiner Abwesenheit seine Zelle. Als Vorwand für die Bespitzelungsaktion wurde behauptet, Heinz habe Aufzeichnungen eines anderen Gefangenen versteckt.

Doch wenn die Bourgeoisie glaubt, die Genossen ließen sich von diesen „Erziehungsmaßnahmen“ unterkriegen, so hat sie sich gewaltig geirrt.

Heinz schrieb uns am 27.6.:
Liebe Genossen, In den zwei Monaten, die vergangen sind, seit ich euch zum letzten Mal geschrieben habe, ist natürlich hier nicht viel geschehen, das Leben verläuft ziemlich gleichförmig. Was sollte man vom Knast auch sonst erwarten. Dennoch vergeht die Zeit relativ schnell, weil ich nach wie vor einen straffen Arbeitsplan habe. Das ist das beste Mittel, die sonst verlorene Zeit sinnvoll aus-

zufüllen und trotzdem noch einen, wenn auch bescheidenen, Beitrag zur Revolution zu leisten.

Seit ich die Übersetzung des chinesischen Romans abgeschlossen habe, übersetze ich ein Buch über die Geschichte des albanischen Volkes. Diese Arbeit nimmt jetzt die meiste Zeit des Tages in Anspruch und ist heute bis zur Hälfte des Buches vorangeschritten.

Mehr als vorher beschäftige ich mich jetzt mit den Fragen zur Einheit der Marxisten-Leninisten und überhaupt mit der Theorie des Marxismus-Leninismus(...)

Nachdem ich jetzt über ein halbes Jahr hier „einsitze“, kann ich sagen, daß die „Erziehungsmaßnahmen“ der Bourgeoisie, die im wesentlichen darin bestehen, daß ich für 23 Stunden, mit Ausnahme der täglichen Freistunde, am Tag weggeschlossen und durch die Lautsprecheranlage fast den ganzen Tag mit dem Geseier der Clowns der Bourgeoisie, das ein bezeichnendes Licht auf ihre Kulturstufe wirft, berieselt werde, ebenso wie bisher, auch in den noch vor mir liegenden neun Monaten keinen Erfolg in ihrem, jedoch einen in unserem Sinne bewirken werden. Weit davon entfernt, mich „einsichtig“ zu zeigen, sondern „das Herz voll Haß geladen“, sehe ich dieser Zeit zuversichtlich entgegen, wobei mir hilft, daß ich sicher sein kann, draußen nicht vergessen zu werden. Allerdings, darauf will ich hinwei-



Adressen politischer Gefangener

Gefangene wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972:

Alexander Haschemi, 8910 Landsberg, JVA, Hindenburgring 12
Heinz Baron, 44 Münster, Gartenstr. 26, JVA

Baha Targün, 5 Köln Rochusstr., JVA, Türkischer Genosse beim Ford-Streik zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt.

Horst Mahler, 1000 Berlin 27, Seidelstr. 39, JVA Tegel, zu 14 Jahren verurteilt wegen Mitgliedschaft in der RAF, heute Sympathisant der GRF (KPD)

Dieter Hildebrandt, 7140 Ludwigsburg, JVA, Mitglied des KBW, verurteilt wegen Teilnahme an der Cabora-Bassa-Demonstration

sen, ohne Euch einen Vorwurf machen zu wollen, ist der Posteingang auf die Hälfte der ersten Monate zurückgegangen. Es gibt natürlich draußen, gerade auch jetzt, wo der Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten vorangetrieben werden muß, eine Fülle von anderen und wichtigeren Aufgaben, dennoch würde ich mich freuen, wenn ich wieder mehr Post bekäme.

In alter Frische sende ich Euch herzliche Grüße
Rot Front

Euer Genosse Heinz

Nicht nachlassen im Kampf gegen die drohende Abschiebung

Im Kampf gegen die Abschiebung der 4 türkischen Patrioten H. Yourtas, Ö. Özerturgut, Y. Ugurlu und M. Tutkun ist ein erster Erfolg erzielt worden. Die Genossen sind vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge als Asylberechtigte anerkannt worden. Das Bundesamt hat damit anerkannt, daß den 4 Genossen im Falle der Rückkehr in ihre Heimat eine unangemessene harte Freiheitsstrafe und weitere schwerwiegende Verfolgungsmaßnahmen drohen, die ihrer politischen Überzeugung gelten.

Trotzdem ist die Gefahr der Abschiebung der Genossen in die faschistische Türkei, wo sie Folter und Prozesse erwarten, in denen sie nach dem türkischen Strafgesetzbuch zum Tode verurteilt werden können, noch nicht gebannt. Der Anerkennungsbescheid ist erst mit Ablauf des 23.8.76 endgültig, wenn bis dahin der Bundesbeauftragte für

Asylangelegenheiten keinen Widerspruch eingelegt hat. Und selbst wenn die Asylberechtigung endgültig anerkannt ist, kann das Bundesinnenministerium die türkischen Genossen dennoch in ihre Heimat abschieben. Die rechtliche Grundlage dafür gibt das faschistische Ausländergesetz, das praktisch das Asylrecht außer Kraft setzt. § 14,

dieses Gesetzes besagt, daß ein Ausländer, auch wenn ihn in seiner Heimat Folter und Mord erwartet, abgeschoben werden kann, wenn er als eine „Gefahr für die Sicherheit“ anzusehen ist, gemeint ist die Sicherheit der Kapitalistenklasse.

Die 4 türkischen Genossen dürfen nicht dem Tod ausgeliefert werden! Verstärken wir unseren Kampf gegen die Gefahr der Abschiebung der 4 türkischen Patrioten!

WEG MIT DEN REAKTIONÄREN AUSLÄNDERGESETZEN

Protestiert gegen die Abschiebung beim Bundesinnenministerium in Bonn!

Forts. v. S. 1 Politische Unterdrückung in der Bundeswehr

wurde, da haben sie gleich zum Bahnhof, als wir noch in Zivil waren, den größten Schleifer der Kompanie geschickt. Sie wollten uns gleich zeigen, wie der Hase läuft. ‚Aus Menschen Soldaten machen‘, wie sie sagen. (...) Was dich nervt, ist, daß sie dich wie ein kleines Kind behandeln, dieser hirnlose Drill, diese Anschreierei und die direkten Schikanen. Da geht morgens der Spieß durch die Reihen und kontrolliert, ob du

dann hagelt's Zusatzdienste am Wochenende, Strafoxerzieren oder Disziplinarstrafen mit Geldstrafen oder Ausgangsbeschränkungen. Das Ganze hat mit vernünftiger Ausbildung mit Schießen lernen, körperlichem Training und Beherrschen der Technik nichts zu tun. Es geht einzig und allein darum, dich kleinzukriegen und zum Kadavergehorsam zu erziehen. Unser Hauptmann bringt immer den Spruch: ‚Sie brauchen nicht zu denken, es



Drill bis zur totalen physischen Erschöpfung. Soldaten kehren vom Manöver zurück

dich rasiert hast, den Schuhputz oder ob alle Knöpfe am Anzug zu sind. Da mußt du, wenn ein Vorgesetzter vorbeikommt, ‚Männchen nachen‘ und grüßen. (...) Und

wird alles befohlen.’

Für mich ist das ein klarer Beweis, daß sie uns verheizen wollen. Denn seht mal, wenn die

Offiziere uns einfachen Soldaten sagen würden, die Buwe dient der Verteidigung und dem Schutz unseres Volkes und das würde auch stimmen, dann brauchten sie die Soldaten nicht zu Kadavergehorsam erziehen, dann brauchten sie uns nicht abzurichten und zu zwingen. Denn für eine gerechte Sache sind Arbeiter, Angestellte, Bauern und Schüler bereit zu kämpfen. Da könnten sie auf unsere freiwillige Disziplin rechnen. Aber sie verzichten lieber darauf, uns zu überzeugen, weil sie genau wissen, daß man Arbeiter von dem, was sie vorhaben, nicht überzeugen kann.

(...) Bei den Manövern wird von den Offizieren immer eine ausgedachte Lage ausgegeben. Einmal hatte meine Kompanie folgende Übungslage: ‚Die Arbeiter des Henschel-Werkes in Kassel streiken und haben die Fabrik besetzt. Unternehmer und Gewerkschaften sind nicht mehr Herr der Lage. Deshalb erhält die Kompanie die Aufgabe, das Werksgelände von den streikenden Arbeitern zu säubern.‘ Eine andere Manöverlage lautete: ‚In Süddeutschland haben Arbeiter ein Rotland errichtet. Die Bundeswehr erhält den Auftrag, den Aufstand niederzuschlagen.‘ Diese Manöverlagen zeigen deutlich, daß die Buwe als Bürgerkriegstruppe im Innern eingesetzt

Wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand

Aller Terror der Offiziere kann nicht verhindern, daß auch in der Bundeswehr der Widerstand der Soldaten zunimmt, daß sie sich zusammenschließen zum gemeinsamen Kampf. Ein Rotgardist aus der Bundeswehr berichtet:

Gegen 19.30 Uhr kam der Offizier vom Wachdienst (OvWa) und ein Feldwebel in Zivil ins Wachlokal und brachten einen Gefreiten. Er wurde deshalb mit zur Wache genommen, weil er beim Zigarettenholen keine Kopfbedeckung aufhatte. Der Verhaftete, ein W 15, verlangte ständig seinen Disziplinarvorgesetzten zu sprechen, um ihm die Sache zu erklären. Darauf ließ sich der OvWa aber nicht ein. Vielmehr wollte der OvWa ihn in eine Zelle stecken. Als sich der Soldat weigerte, freiwillig in die Zelle zu gehen, stürzte sich der OvWa auf ihn. Es gelang dem Soldaten den Offizier abzuschütteln. (...) Als auch Faustschläge vom OvWa ins Gesicht und andere Körperteile nichts nützten, befahl der OvWa einigen Soldaten der Wache einzugreifen. Wir drehten ihm aber den Rücken zu und gingen in den Wache-Aufenthaltsraum. Der OvWa mußte jemanden anders zu Hilfe holen.

Kurz danach kam der OvWa zu uns in den Aufenthaltsraum und wollte vier Soldaten ablösen lassen! Wegen Wachvergehen und Befehlsverweigerung. Wir waren

griffen. Wutentbrannt verließ daraufhin der OvWa den Aufenthaltsraum und sagte nur noch, daß er sich noch etwas einfallen lassen wird. Passiert ist nichts. Am anderen Morgen sagte unser Kompaniechef nur, daß er nicht mit uns zufrieden ist. Und daß es zu weit geht, wenn die Befehle verweigert werden.



Parole auf einem U-Boot

insgesamt 10 Soldaten. Da stand einer auf und griff den OvWa an. Wir werden es nicht zulassen, daß die vier Soldaten abgelöst werden, denn sie würden sonst eine Disziplinarstrafe bekommen. Wenn sie meinen, daß hier Befehlsverweigerung vorliegt, dann gehen wir alle. Denn keiner von uns hätte einge-

Ich glaube, aus diesem Beispiel kann man deutlich sehen: Solidarität hilft siegen, auch bei der Bundeswehr. Und gerade bei der Bundeswehr ist die Solidarität besonders wichtig – weil immer nur Einzelne fertig gemacht werden.

Rot Front! Ein Rotgardist



Das ist eine Arrestzelle der Bundeswehr. Bis zu 21 Tagen kann ein Soldat hier ohne Gerichtsverhandlung eingesperrt werden. Das „Mobilier“ besteht aus einer Pritsche, die tagsüber hochgeklappt wird und einem kleinen Holztisch und Stuhl. Über die Behandlung des Soldaten entscheidet der Vorgesetzte als Vollzugsleiter. Er wählt aus, was der Soldat lesen darf und womit er sich sonst beschäftigen darf, ob er z.B. am Dienst teilnimmt. Auf diese Weise werden auch normale Freiheitsstrafen an Soldaten vollzogen.

80 000 Disziplinarmaßnahmen und Wehrstrafen werden jährlich verhängt. Ein Sechstel davon sind Arreststrafen. Jetzt hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg der Bundeswehr von fünf holländischen Soldaten Recht gegeben, daß Arrest unvereinbar mit der Menschenrechtskonvention ist. Diese bestimmt, daß ein Mensch nur aufgrund eines Gerichtsverfahrens mit Anhörung des Angeklagten und öffentlicher Verhandlung eingesperrt werden darf. Davon kann beim Arrest keine Rede sein. Der Richter, der die Arrestverhängung bestätigen muß, bekommt nur die Unterlagen des Vorgesetzten, der betroffene Soldat hat keine Möglichkeit sich zu verteidigen. Die Bundesregierung ist der Menschenrechtskonvention beigetreten, der Straßburger Spruch ist rechtlich „verbindlich“. Aber schon jetzt steht fest, daß der „Bau“ nicht abgeschafft wird.

MAD - Verhör

Der MAD ist eine Organisation zur Bespitzelung der einfachen Soldaten bei der Bundeswehr, also eine Art Verfassungsschutz auf dem Gebiet der Armee. Die Masche des MAD besteht darin, die einfachen Soldaten einzuschüchtern, um Aussagen von ihnen zu erpressen, weil ein normaler Soldat seinen kämpferischen oder anti-imperialistisch gesinnten Kameraden eben nicht verpfeifen würde.

Viele Soldaten, die noch keine Bekanntschaft mit dem MAD gemacht haben, glauben, daß der MAD, wie die Offiziere sagen, für das Aufspüren von Ost-Agenten da sei. In Wirklichkeit ist der MAD jedoch in erster Linie ein Organ der Bourgeoisie zur Bespitzelung der normalen Soldaten und der Kommunisten unter ihnen. Beim Bund merkt man das auch dadurch, daß Soldaten, die der D„K“P angehören, oftmals die höchste Sicherheitsstufe bekommen und an – militärisch wichtigen – Geräten eingesetzt werden, wohingegen ein wirklicher Kommunist evtl. nicht einmal seinen Führerschein beim Bund machen darf, wenn er der Bourgeoisie bekannt wird.

Im Folgenden soll beispielhaft anhand eines tatsächlichen Verhörs geschildert werden, wie fortschrittliche Soldaten und Kommunisten vom MAD verfolgt werden.

Es ist Freitag. Die Soldaten stehen kurz vor der Fahrt ins ersehnte Wochenende. Da kommt der Befehl, zum Vorgesetzten zu kommen. Ohne jede Vorwarnung wirst du von zwei fremden, zivilgekleideten Herren empfangen. Erst drücken sie Dir freundlich die Hand, diese Herren, dann, wenn man nichts aussagt, lassen sie die Maske fallen und brüllen Dich an: „Sagen sie endlich die Wahrheit, wir wissen doch alles über Sie.“ Dann droben sie Dir, Deine „Karriere“

zu zerstören, wenn Du nichts aussagst. Du weißt immer noch nicht so richtig, wie Dir geschieht. Wenn Du nun immer noch schweigst, so halten die Herren Dir ihre Ermittlungen vor oder Aussagen von Soldaten, die vorher verhört wurden. Dann sagen die Herren noch: „Sie haben noch eine letzte Chance, treten Sie die Flucht nach vorne an“ was so viel heißt wie: „Verpfeifen Sie Ihre Kameraden oder Genossen, arbeiten Sie für uns!“

Für Verhöre beim MAD gilt: mache grundsätzlich keinerlei Aussage. Auch nicht, wenn Du meinst, es könnte günstig für Dich sein (was sie Dir natürlich einzureden versuchen.). Die Herren vom MAD sind gerissener als Du. Sie haben ihren Job gut gelernt, Dich auf's Kreuz zu legen. Bleibe lieber stumm wie ein Fisch.

Verbot der politischen Betätigung

Soldatengesetz, § 15:

„(1) Im Dienst darf sich der Soldat nicht zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten politischen Richtung betätigen. . . .

(2) . . . Der Soldat darf insbesondere nicht als Werber für eine politische Gruppe wirken, indem er Ansprachen hält, Schriften verteilt oder als Vertreter einer politischen Organisation arbeitet. . . .

(4) Ein Soldat darf als Vorgesetzter seine Untergebenen nicht für oder gegen eine politische Meinung beeinflussen.“

Das letzte ist natürlich ein Witz. Jeder Offizier hetzt z.B. im politischen Unterricht gegen „eine politische Meinung“, nämlich die kommunistische. Überhaupt wird eine politische Betätigung für die Parteien der Kapitalisten nicht im geringsten verfolgt. Verfolgt wird allerdings mit allen Mitteln das politische Wirken kommunistischer und revolutionärer Soldaten.

werden soll. Wir einfachen Soldaten werden dazu ausgebildet, auf unsere Kollegen in den Fabriken zu schießen. Wir sollen gegen Streiks und Demonstrationen vorgehen, wir sollen auf Arbeiter schießen, wenn sie Ausbeutung und Unterdrückung im Kapitalismus satt haben und die sozialistische Revolution machen. Die Buwe ist also, das zeigen diese Befehle, ein Instrument der Geldsäcke, der Kapitalisten gegen die Arbeiter. Sie ist ein Instrument der Krupp und Thyssen, derselben Leute, die schon zweimal in diesem Jahrhundert die Welt in einen Krieg gestürzt haben.“

Besonders verfolgt werden die Revolutionäre und Kommunisten unter den Soldaten. Gegen sie wird nicht nur mit besonderem Druck und Disziplin vorgegangen, sondern auch mit Bespitzelung durch den MAD und seine Achtgroschenjungs, mit Spinddurchsuchung, Verhören usw. Sie sollen möglichst aus der Bundeswehr ent-

fernt werden.

Denn sie sind es, die ihre Kameraden auffordern zum Zusammenschluß gegen die Unterdrückung durch die Offiziere, die Vertreter der Kapitalistenklasse in der Bundeswehr. Sie erläutern den volksfeindlichen Charakter der Bundeswehr und rufen zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg auf. Ihr Ziel ist es, die Soldaten zusammenzuschließen, damit sie sich weigern, auf kämpfende Werktätige zu schießen und fremde Völker zu überfallen. Die Bundeswehr soll als Instrument der Kapitalisten untauglich gemacht werden. Sie muß in der sozialistischen Revolution genauso wie der ganze Staatsapparat der Unterdrücker zerschlagen und an ihre Stelle muß eine wirkliche Armee des Volkes gesetzt werden, die unser Land gegen imperialistische Eindringlinge verteidigt. Dafür kämpfen die kommunistischen Soldaten in der Bundeswehr.

Die ROTE HILFE DEUTSCH-

LANDS unterstützt diesen Kampf. Sie kämpft gegen die Säuberung der Armee von Kommunisten und klassenkämpferischen Kameraden und gegen die politische Unterdrückung und Rechtlosigkeit der Soldaten. Wir unterstützen jeden Zusammenschluß von Kameraden gegen den Terror der Offiziere. Soldaten, die aufgrund ihres gerechten Kampfes schikaniert und bestraft werden, können auf die Rote Hilfe bauen.

Die Rote Hilfe verbreitet die Wahrheit über den Terror in der Armee, den die Offiziere gern hinter verschlossenen Türen halten wollen, unter den Werktätigen und organisiert die Solidarität für die verfolgten Soldaten. Sie gewährt juristische Hilfe und unterstützt die bei der Bundeswehr wegen ihres Kampfes Inhaftierten und deren Familien.

WENDET EUCH AN DIE ROTE HILFE!
WERDET MITGLIED IN DER RHD!

Aus der Arbeit der Roten Hilfe

Die Solidarität außerhalb des Gerichtssaals ist entscheidend

Wir haben bereits in der letzten Rote-Hilfe-Zeitung über das Terrorurteil gegen die Rote Hilfe berichtet. Sieben Monate soll der Genosse Michael Banos als ehemaliger presserechtlich Verantwortlicher für Flugblätter der Roten Hilfe ins Gefängnis. Der Grund: die Rote Hilfe hat in diesen Flugblättern über den Polizeimord am Genossen Günter Routhier und über die Isolationsfolter in westdeutschen Gefängnissen aufgeklärt und zur Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen aufgerufen.

Mit diesem Urteil soll der Kampf gegen die politische Unterdrückung, den die Rote Hilfe auf ihre Fahnen geschrieben hat, kriminalisiert werden. Aufgabe der Roten Hilfe ist es, diesen Angriff auf unsere Organisation entsprechend zu beantworten. Dabei müssen wir aus diesem Prozeß Lehren ziehen, die zwar nicht neu sind für die Rote Hilfe, die es aber gilt zu beherzigen.

Der Genosse Michael hat einen vorbildlichen revolutionären Kampf vor den Schranken der bürgerlichen Klassenjustiz geführt. Er hat Anklage gegen die Verbrechen der herrschenden Klasse erhoben und bewiesen, daß die Wahrheit auf seiner Seite steht. Er hat die Klassenjustiz bis auf die Knochen entlarvt. Das allein reicht aber nicht aus, ein solches Terrorurteil zu verhindern; das hat auch die Erfahrung anderer Prozesse gezeigt. Gewiß hat schon mancher Richter die Nerven verloren, wenn er unversehens zum Angeklagten wurde. Auch die Ablehnung jeglicher Beweisanträge beim Prozeß gegen Michael zeigt, wie weit das Gericht in die Enge getrieben war.

Doch der Terror der bürgerlichen Klassenjustiz kann nur gebrochen werden, wenn die Bourgeoisie nicht nur im Gerichtssaal, sondern auch draußen unter Druck gesetzt wird. Dazu ist es notwendig, daß die Rote Hilfe eine breite Bewegung gegen die Klassenjustiz organisiert.

Hunderte von Menschen werden heute bereits vor die Gerichte gezerrt. Nicht nur Kommunisten und Revolutionäre, sondern auch zahlreiche Werktätige, die den Kampf um ihre unmittelbaren Lebensinteressen führen, sind davon betroffen: Arbeiter bei Ford und Hella, die sich an einem Streik beteiligt haben, Bauern, die in Wyhl und Nordhorn den Kampf gegen das Atomkraftwerk oder den Bombenabwurfplatz aufnehmen, Jugendliche, die leerstehende Häuser besetzten, um sich ein Jugendzentrum zu schaffen, viele von de-

nen, die sich bei den zahlreichen Protesten gegen Fahrpreiserhöhungen an Schienenblockaden beteiligt haben, sie alle haben schon vor der Klassenjustiz gestanden. Um all diese Menschen muß sich die Rote Hilfe kümmern, sie muß sie in ihrem Kampf vor der Klassenjustiz unterstützen. Mit ihnen muß die Rote Hilfe eine starke Front gegen diese Justiz aufbauen.

Bekanntlich gibt es auch zahlreiche Künstler und Journalisten,



die sich über die immer schärfere Verfolgung der Presse empören und gegen die Pressezensur aufreten, die sich nicht nur gegen Kommunisten und Revolutionäre richtet. Die Rote Hilfe muß sich darum bemühen, auch diese Menschen für die Front gegen die Klassenjustiz zu gewinnen. Nur so wird es möglich sein, einen erfolgreichen Kampf gegen den Justizterror aufzunehmen.

Gerade bei der Organisation dieser Solidarität außerhalb des Gerichtssaales ist die Rote Hilfe beim Prozeß gegen Michael ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden. Die Ortsgruppe Dortmund der RHD hat nach dem Prozeß gegen Michael Anstrengungen gemacht, Versäumtes nachzuholen. Während

einer Kundgebung der KPD/ML hat sie Transparente an Parkhäusern angebracht, um das Urteil breiter bekannt zu machen. Außerdem hat sie eine Kundgebung gegen die Nachrichtensperre der bürgerlichen Presse durchgeführt.

Die Angriffe der bürgerlichen Klassenjustiz auf die revolutionäre Presse, auf die Kommunisten und die Revolutionäre nehmen an Umfang und Schärfe zu. Gefängnisurteile sind an der Tagesordnung. Auch die RHD wird im Oktober erneut vor Gericht stehen. Dieter Kwooll, der verantwortliche Redakteur der Zeitung der RHD, ist wegen vier Ausgaben der Zeitung angeklagt, die über den Polizeimord am Genossen Günter Routhier berichten. Zu erwarten ist wie beim Genossen Michael eine Gefängnisstrafe.

Die Rote Hilfe muß auf den Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz das Schwergewicht ihrer Arbeit legen. Wir müssen dafür kämpfen, eine möglichst breite Bewegung gegen den Justizterror zu schaffen. Dabei sind alle Mitglieder zur Mithilfe aufgefordert. Viele von Euch haben schon die Erfahrung gemacht, daß einige eurer Kollegen, Nachbarn, Verwandten und Freunde gern bereit sind, die Rote Hilfe zu unterstützen, wenn sie erfahren, wofür die Rote Hilfe kämpft und für wen sie sich einsetzt. Sprecht mit diesen Menschen über den Terror der bürgerlichen Klassenjustiz. Gewinnt sie dafür, Mitglied in der Roten Hilfe zu werden, um allen politisch Verfolgten den Rücken zu stärken und durch einen regelmäßigen Mitgliedsbeitrag dabei zu helfen, daß das Geld für die Prozeßkosten aufgebracht werden kann.

**STARKT DIE ROTE HILFE!
WERDET MITGLIED DER ROTEN HILFE!
FREIHEIT FÜR MICHAEL BANOS!**

Michael Banos soll entlassen werden

Der Genosse Michael Banos, der vor kurzem als ehemaliger Presseverantwortlicher der Roten Hilfe wegen sechs von ihm unterzeichneten Flugblätter zu sieben Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wurde, soll jetzt auch noch aus der Bundeswehr entlassen werden. Er leistet zur Zeit seinen Wehrdienst ab. Unmittelbar nach dem Urteil, das noch nicht rechtskräftig ist, wurde die Entlassung beschlossen. Der Zeitpunkt steht noch nicht fest. Dies ist ein weiteres Beispiel, wie die Bundeswehr von revolutionären Soldaten gesäubert werden soll.

Bremen

Am 20. Juli sollte in Bremen die Klage auf Wiedereinstellung Michael Weisfelds vor dem Arbeitsgericht verhandelt werden. Mit einem Flugblatt, das wir vor Michaels früherem Betrieb (Klößner) verteilten, luden wir seine Kollegen dazu ein, den Prozeß zu besuchen, um so Michael zu unterstützen. Auch in Michaels Wohngebiet, wo viele Klößner-Arbeiter wohnen, machten wir einen kleinen Stand und verteilten Flugblätter. Dort konnten wir innerhalb 1 1/2 Stunden auch vier Zeitungen verkaufen und 7 DM für die RHD sammeln. An die Flugblätter zu Michael Weisfeld hatten wir die Flugblätter über das Terrorurteil gegen Michael Banos gehftet, so daß auch sie gut verbreitet wurden.

Wenige Tage vor dem Prozeß wurde Michael plötzlich schwer krank; der Termin mußte verschoben werden. Mit einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ging ein Bekannter Michaels zur Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts, um eine Verlegung des Termins zu beantragen. Dort wurde ihm versichert, alles ginge klar, der neue Termin fände voraussichtlich im September statt. Daraufhin wurde auf allen Plakaten und Aushängen die Verlegung des Termins bekannt gegeben. Das war am Freitag.

Am Dienstag, dem Tag des Prozesses, ging einer zum Arbeitsgericht, um denen Bescheid zu sagen, die von der Verlegung nichts erfahren hatten. Dort mußte er allerdings feststellen, daß der Ter-

min stattfand! Dem Rechtsanwalt Michaels war kurzfristig Bescheid gesagt worden, so daß er erscheinen konnte. Mit allen Mitteln versuchte nun der Anwalt Michaels, eine Verlegung des Termins zu erreichen. Der Richter aber beharrte auf seinem Standpunkt: Der Kläger (Michael) läßt sich durch einen Anwalt vertreten, das persönliche Erscheinen des Klägers ist vom Gericht nicht angeordnet — also kann der Prozeß stattfinden. Schließlich machte er doch einige Minuten Pause, damit die Anwälte beider Parteien miteinander sprechen und sich evtl. einig werden könnten. Dabei konnte man hören, daß es den Klößner-Anwälten sehr angenehm ist, jetzt zu verhandeln, denn: So ein Prozeß beschränkt sich ja nicht nur auf die Verhandlung im Gerichtssaal; da gibt es Flugblätter, Plakate usw., die die Sache im Betrieb bekannt machen. Außerdem ist normalerweise der ganze Saal mit Anhängern des Klägers voll. Jetzt aber, wo öffentlich bekannt gemacht wurde, daß der Termin verschoben sei, können wir ohne diesen Anhang hier im Zuschauerraum verhandeln.

Schließlich aber, wahrscheinlich nur deshalb, weil sie doch noch irgendwelche größeren Nachteile befürchteten, stimmten die Klößner-Anwälte einer Verlegung des Termins zu. Juristisch haben wir gelernt, daß nur ein Richter die Verlegung eines Termins vornehmen kann, nicht irgendein Angestellter im Geschäftszimmer. Politisch haben wir gelernt, daß wir die bürgerliche Klassenjustiz im-

mer noch unterschätzen. Gleichzeitig wurde nochmal deutlich, was für eine starke Waffe die Solidarität der Kollegen ist, die zu organisieren ja die Aufgabe der Roten Hilfe ist, und wie sehr sich die Kapitalisten vor ihr fürchten.



Aus der Arbeit der Bremer Genossen zum Prozeß gegen Michael Banos



Resolutionen

Solidaritätsadressen für den Genossen Thomas Luczak (auf Vorschlag der RHD einstimmig beschlossen von den Teilnehmern der Veranstaltung der KPD/ML in Dortmund zum Urteil gegen den Genossen Michael Banos.). Solidaritätsadresse an die politischen Gefangenen Baron, Haschemi, Targün, Mahler, Hildebrand und Noth vom Stammtisch des KSB/ML in Frankfurt am 28.6.

Für Roter-Morgen-Prozesse:

OG Frankfurt, 4, 20 DM; OG Friedrichshafen, 6 DM; OG Dortmund, 607, 77 DM; OG Duisburg, 95, 10 DM; OG Bochum, 600 DM; LV Westberlin, 593, 22 DM; OG Hamburg, 206, 92 DM; OG Kiel, 192 DM; OG Reutlingen, 250, 10 DM;

Maisammlung (für den Prozeßfonds):

OG München, 97 DM; OG Marburg 387,08 DM; OG Stuttgart, 502, 73 DM; OG Dortmund, 576, 17 DM; OG Bielefeld, 3, 50 DM; OG Duisburg, 382, 83 DM; OG Bochum, 4 DM;

Für politische Gefangene:

OG Marburg, 5, 10 DM; OG Gelsenkirchen, 250 DM; OG Bielefeld, 17 DM;

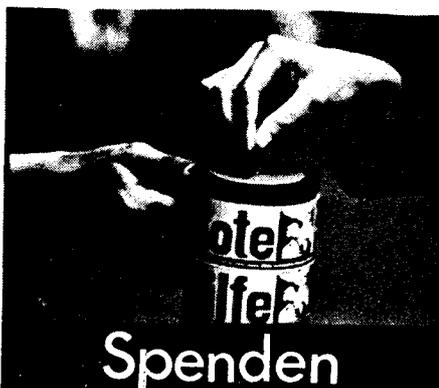
Für die politischen Gefangenen im Iran:
OG Kiel, 47 DM; OG Dortmund, 4,45 DM;

Ferner gingen ein:

Für die Kämpfer des Roten Antikriegstags 56, 50 DM; für Routhier-Prozesse 17, 31 DM; für die politisch Verfolgten in der DDR 15, 44 DM; für den Prozeß von Kwoll 3, 50 DM;

Summe: 8504,64 DM

Zusammen: 12094,33 DM



Stadtsparkasse Dortmund,
Nr. 172058531, Chr. Bartels
NEUES BURO DER RHD:
Stollenstraße 12, Eing. Clausthaler
Str., 46 Dortmund
TEL.: (0231) 81 19 12
Öffnungszeiten: Di.-Fr. 17.00-
18.30, Sa. 10.00-12.00 Uhr

Spenden in den Monaten Mai und Juni
Spenden ohne besonderen Verwendungszweck:
OG München, 454 DM; OG Erding, 183 DM;

OG Frankfurt, 153 DM; OG Marburg 0,80 DM; LV Westberlin, 345 DM; OG Friedrichshafen, 77,10 DM; OG Stuttgart, 185,40 DM; OG Gelsenkirchen, 50,70 DM; OG Dortmund, 20 DM; OG Bremen, 228,78 DM; OG Buxtehude, 129,26 DM; OG Kiel, 611,58 DM; OG Hamburg, 726,97 DM; OG Hannover, 213,36 DM; OG Singen/Radolszell/Konstanz, 23,95 DM; OG Bielefeld, 6 DM; OG Duisburg, 0,50 DM; OG Lübeck, 339,22 DM; OG Bochum 41,07 DM;

Summe: 3589,69 DM

Spenden mit Verwendungszweck:

Für politische Prozesse:

OG Gießen, 232,19 DM; OG 307, 27; OG Kiel, 587, 76 DM; OG Friedrichshafen 34, 10 DM; OG Gelsenkirchen, 251 DM; OG Hannover, 14 DM; OG Duisburg, 4 DM; OG Bochum, 30 DM; OG Bremen, 703,47 DM; OG Hamburg, 56, 50 DM; OG Dortmund 1 DM; LV Westberlin, 970, 81 DM;

Für die türkischen Genossen:

OG Frankfurt, 26, 10 DM; OG Marburg 3 DM; OG Kiel 20 DM;

Für die FRAP:

OG Frankfurt, 5 DM; OG Marburg, 6, 71 DM; OG Duisburg, 10 DM; LV Westberlin, 12 DM; OG Bremen, 140 DM;

POLEN: Justizterror gegen kämpfende Arbeiter

Warschau, Juli 1976. Sieben Arbeiter des Traktorenwerks Ursus stehen vor Gericht. Das Gebäude ist von starken Polizeikräften bewacht. Die angeklagten Arbeiter werden durch Seiteneingänge ins Gericht gebracht, damit sie ja niemand aus dem Volk sehen kann. Kontakt zu ihren Verwandten haben sie nicht. Zutritt zur Verhandlung haben nur ausgewählte „Besucher“ mit Eintrittskarten. Im Schnellverfahren wird der Prozeß durchgezogen. Die Urteile: Drei bis fünf Jahre Gefängnis. Dasselbe hat sich einige Tage vorher in Ransom abgespielt, wo sechs Arbeiter zu vier bis zehn Jahren verurteilt wurden. Zahlreiche Arbeiter sitzen noch in Untersuchungshaft.

Die Arbeiter des gleichen Betriebs Ursus wurden noch vor wenigen Wochen als „Musterbetrieb“ ausgezeichnet. Heute hetzt die neue polnische Bourgeoisie unter dem Diktator Gierek: „Rowdies“, „Konterrevolutionäre“ usw.

Ihr „Verbrechen“ besteht einzig und allein darin, daß sie die Ankündigung der Preiserhöhungen durch die Gierek-Clique mit Streiks, Demonstrationen und Eisenbahnblockaden beantwortet haben. Sie setzten das Parteihaus in Brand. „Nieder mit der Partei der Verräter!“ war ihre Losung. Unter dem Eindruck der Proteste im ganzen Land war Gierek gezwungen, die Preiserhöhungen vorerst zurückzunehmen. Obwohl er Polizei gegen die streikenden Arbeiter einsetzte (die Polizei hatte übrigens vorher eine Lohnerhöhung bekommen, um sie für den Einsatz gegen das Volk vorzubereiten), obwohl sie 17 Arbeiter ermordeten, ließ sich die polnische Arbeiterklasse nicht einschüchtern. Mit der „Internationale“ auf den Lippen erkämpfte sie einen vorläufigen Sieg.

Die zur Zeit laufenden Prozesse sind nichts anderes als ein Rachefeldzug der polnischen

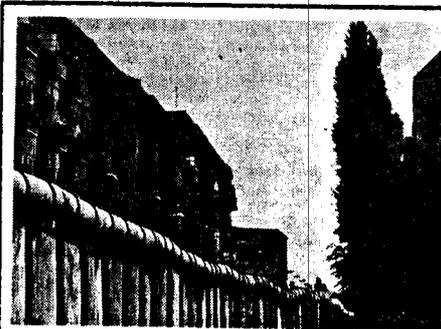
Bourgeoisie. Sie beantwortet ihre Niederlage mit verstärktem faschistischen Terror, sie will den Widerstand mit ihrer bürgerlichen Klassenjustiz brechen um vor der ansteigenden revolutionären Bewegung der polnischen Arbeiterklasse ihre Haut zu retten.

Der Ablauf dieser Prozesse, die verschlossenen Türen, der Polizeischutz, all das zeigt, daß das Gierek-Regime mit Sozialismus gar nichts zu tun hat. Heute herrscht in Polen eine kapitalistische, eine faschistische Diktatur. Für den

Sozialismus, für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats kämpft einzig und allein die Arbeiterklasse und an ihrer Spitze die illegale Kommunistische Partei Polens (KPP). Mutig kämpft das Volk und läßt sich weder durch Justizterror noch durch Breshnews und Giereks Panzer einschüchtern. „Wiederherstellung der Diktatur des Proletariats“ war der Ruf der aufständischen Arbeiter von Gdansk und Gdynia 1970.

Die polnische Arbeiterklasse braucht für ihren Kampf unsere volle Solidarität. Ihr Kampf ist voller Opfer. Es wurde bekannt, daß die Gierek Clique zahlreiche Führer des Aufstands von 1970 heimtückisch ermorden ließ.

Die RHD ruft deshalb zur Solidarität mit dem Kampf der polnischen Werktätigen auf. Spendet für die Opfer des faschistischen Terrors! Das Geld werden wir der KPP zuleiten.



13. August 1961 – Bau der Berliner Mauer

21. August 1968 – Überfall der Truppen der sowjetischen Sozialimperialisten auf die CSSR.

Zwei Jahrestage im August, die an die Verbrechen der Kreml-Zaren, der Hitler von heute und ihrer Vasallen erinnern. Die Herren in Moskau nennen

sich sozialistisch, sind aber in Wirklichkeit die übelsten faschistischen Unterdrücker der Welt. Ihnen gilt unser ganzer Haß.



Rote Hilfe

Ich bestelle: Probenummer
Abonnement ab Nr.

Ich möchte: Informationsmaterial
besucht werden
Mitglied der RHD werden

Name

Vorname

Beruf

Straße

PLZ/Ort

Datum

Unterschrift

Bestellungen an:
RHD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str.,
46 Dortmund

Bezahlung auf das Konto: Stadtparkasse
Dortmund, Nr. 172058531, Chr. Bartels
Abonnementspreis für 1 Jahr: 6,- DM

KONTAKTADRESSEN

Bielefeld: „Buchlädchen“, Welle 9, 4800 Bielefeld

Bochum: Stammtisch jeden 2. Sonntag im Monat, 11 Uhr, Bochum-Langendreer, Gaststätte „Koke“
Ecke Wittenberg/Wartburgstr.

Bremen: „Buchladen Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Do. und Fr. 16 - 19 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr

Buxtehude: Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30, in der „Kogge“, Bahnhofsstr.

Dortmund: Büro Stollenstr. 12, Eing. Clausthaler Str., Tel. 811912, Di-Fr. 17.00-18.30, Sa. 10.00-
12.00 Uhr,

Duisburg: Stammtisch: jeden 2. Donnerstag im Monat, „Zum goldenen Stern“, Du-Neudorf, Stern-
buschweg/Akazienstr., 20 Uhr

Frankfurt: Kontakt über „Buchladen Roter Morgen“, Burgstr. 78, Mi. 17-18,30 Uhr

Gießen: Stammtisch jeden letzten Freitag im Monat, 19.30 Uhr, „Deutscher Michel“, Troppauerstr..

Hamburg: Buchladen „Roter Morgen“, Stresemannstr. 110

Hannover: Ingolf Trinkus, Postfach 911103, 3000 Hannover 91

Kassel: R. Wengler, Kölnische Str. 76

Kiel: Buchladen J. Hauberg, Gutenbergstr. 46, Mi. und Fr. 16-18 Uhr.

Lübeck: Buchladen Roter Morgen, Schlu macher Str. 4, Mo, Mi, Fr 16,30 - 18,30

Marburg: Stammtisch: 21. 6. 76, Lahnbrücke

München: Kontakt jeden Freitag 19.00 Uhr, Gaststätte „Brünstein“, Orleansstr./Ecke Elsässerstr.
am Ostbahnhof.

Münster: Stammtisch jeden Di., 19 Uhr, Gaststätte „Augustenburg“, Ecke Augustastr./Friedrich-
Recklinghausen: Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat, „Haus Fuchs“, Karlsstr. 7 Ebert-Str.

Reutlingen: Horst Groos, Schellingstr. 19, 7410 Reutlingen

Saarbrücken: Stammtisch jeden 1. und 3. Freitag im Monat 19 Uhr, „Kornstuben“, Martin-Luther-
Tübingen: Volker Nieber, 74 Tübingen 9 (Pfrondorf), Lusstr. 31 Str.

Westberlin: Büro Berlin 65, Reinickendorfer Str. 48, Eingang Gottschedstr., Tel.: 46 15 398,
Sa 10-14 Uhr

Herausgeber: Zentrale Leitung der RHD. Selbstverlag. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Kwoll.
Redaktion und Vertrieb: Stollenstr. 12, 46 Dortmund, Tel. (0231) 811912. Druck: Alpha-Druck
GmbH, Dortmund